

Vernissage der Ausstellung « Jüdisches Leben in und um Baden »

Baden, 16. Oktober 2002

Ansprache von Ruth Dreifuss, Bundesrätin und Bürgerin von Endingen (Surbtal)

Als 1859 die jüdische Gemeinde Baden gegründet wurde, waren die Jüdinnen und Juden da, wo sie seit Generationen lebten und arbeiteten, durch ihr Sonderstatut noch immer Fremde. Die Niederlassungsfreiheit blieb ihnen noch mehrere Jahre lang verwehrt. In einzelnen Fällen war jedoch eine Erlaubnis erteilt worden, und Baden war die naheliegende erste Etappe für den Ausbruch der Juden aus den ländlichen Ghettos, aus den Shtetl des Surbtals. Mit der Ansiedlung in Baden vollzog sich der erste Schritt zur Integration in der schweizerischen Gesellschaft. Auch mein Urgrossvater, Jakob Salomon Dreifuss-Bollag, war – wohl Mitte der 1850er - aus dem Surbtal zuerst nach Baden gezogen, um sich zwanzig Jahre später mit seiner Familie in Basel niederzulassen. Obwohl die Erinnerungen an das Pogrom von 1802 damals wohl noch lebendig waren, war das Vertrauen der jüdischen Gemeinde in die politischen Institutionen der Schweiz und die in sie gesetzte Hoffnungen gross. Dies drückten die Badener Juden im Gebet aus, das seit 1859 jeden Samstag zuerst im Betlokal und ab 1913 in der Synagoge von Baden gebetet wird. Das Gebet „für die Schweizerische Eidgenossenschaft und deren Regierung“ gehört hier zum Sabbat-Ritual.

Dieses Gebet wurde mir 1999, in meinem Präsidentialjahr, in einem Holzrahmen von der israelitischen Kultusgemeinde Baden überreicht. Seither habe ich es auf deutsch und hebräisch täglich vor Augen.

Ein monarchischer Geist beherrscht den Text von Beginn weg. Der „König der Könige“ wird angerufen. Doch die Schwierigkeit, in der Bibel Anspielungen auf eine demokratische Regierungsform zu finden, ist keine ausreichende Erklärung für diesen Ansatz. Denn der Text widerspiegelt vor allem auch die politische Wirklichkeit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Elf Jahre nach den Revolutionen von 1848 hatten nur wenige Volksaufstände zu einem Regimewechsel geführt. Die Restauration verurteilte viele Demokraten zur Zwangsarbeit in der Verbannung oder trieb sie ins Exil, vor allem auch in die Schweiz. Denn unser Land war fast das einzige, für das der „Frühling der Völker“ nachhaltig Früchte trug. Pionierin im Errichten der Demokratie, bekundete die Schweiz aber noch Mühe, die jüdischen Gemeinden und die Zigeuner als Bürger anzuerkennen.

(Die Mühe hingegen, die Frauen als Bürgerinnen anzuerkennen, dauerte noch ein ganzes Jahrhundert an.)

Es brauchte den Druck Frankreichs - und das Interesse an einem Handelsabkommen mit unserem Nachbarland -, damit in der Schweizer Verfassung die noch bestehenden Diskriminierungen gegenüber den Juden definitiv aufgehoben wurden. Erst 1866 waren sie dank freier Niederlassung und Gleichheit vor dem Gesetz auch im Bezug auf ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht mehr eingeschränkt.

Meine Generation hat schliesslich das Ende der letzten offiziellen Diskriminierung erlebt. Halb schmerzlich berührt, halb belustigt las ich den Entscheid meiner Heimatgemeinde Endingen, der den Juden (d.h. offensichtlich den zwei Familien, die noch dort ansässig waren) das Recht zugestand, aus den schönen Wäldern des Surbtals Holz zu beziehen - genau wie ihre christlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Hoffnungen der Juden, befreit von Diskriminierung und Ausgrenzung leben zu dürfen, drückt sich im Badener Gebet aus. Es endet mit diesen Worten:

„... Oh König aller Könige, mit Deinem Erbarmen gebe in ihr Herz (gemeint ist das Herz der Bundesräte) und das Herz aller ihrer Berater und Minister Erbarmen und Wohlwollen. Uns und dem ganzen jüdischen Volk gegenüber in ihren Tagen. Und in unserer Zeit behüte Jehuda und Israel, damit es in Frieden und Ruhe leben kann...“

Die archaische Sprache bringt zum Ausdruck, was damals in ganz Europa zu spüren war, das tiefe Streben nach jüdischer Emanzipation.

Natürlich hatte diese innerhalb der jüdischen Gemeinde erbitterte Diskussionen ausgelöst und Befürchtungen verschiedenster Art geweckt. Würde die Emanzipation nicht zur Assimilation, zum Verlust der Identität führen? Hätten die Juden draussen in der Gesellschaft nicht unter Einsamkeit zu leiden, während sie im engen sozialen Netz des Shtetls aufgehoben waren? Wie wären die Feinseligkeiten, die eine Gesellschaft dieser Minderheit entgegenbringen könnte, zu ertragen? Schliesslich waren die Juden wenig bekannt, viel verschrien, sogar von der Kanzel herab verurteilt. Welche Hoffnungen aber knüpften sich an die Niederlassung in einer Stadt und an die freie Berufswahl! Sie würden ihre Söhne zur Universität schicken können, würden zu vollberechtigten Bürgern, zu Bürger-Soldaten eines geliebten Landes.

Um solche und ähnliche Fragen zu debattieren – oder besser: debattieren zu lassen - hatte Napoleon Bonaparte 1807 – also gut 50 Jahre vor der Gründung der Badener Gemeinde – einen jüdischen Hohen Rat, den „Grand Sanhédrin“ einberufen. Der Kaiser stellte den jüdischen Notabeln zwölf Fragen zur Vereinbarkeit des mosaischen Gesetzes mit den Gesetzen des französischen Staates. Jede Antwort war schicksalhaft, denn sie würde die Reaktion der französischen Behörden bestimmen: Integration oder Ausgrenzung. Trotz der Befürchtungen bedanken sich die jüdischen Würdenträger im Vorwort des Textes beim Kaiser fast überschwänglich. Er habe erlaubt, dass „jeder den Herrn gemäss seiner Religion und seinem Glauben verehren dürfe. Im Schutz seines Namens (gemeint ist Kaiser Napoleon) ist Sicherheit in unsere Herzen und in unsere Häuser gekommen. Von jetzt an können wir bauen, säen, ernten, die Humanwissenschaften betreiben, zur grossen Familie des Staates gehören, ihm dienen, und uns seiner noblen Geschicke rühmen.“ Die Antworten des „Grand Sanhédrin“ - Verordnungen über Justiz, Handelsbeziehungen, Mischehen, usw. - legen dar, dass jüdischer Glaube und französische Staatsangehörigkeit sich keineswegs gegenseitig ausschliessen müssen, dass sie gar gut vereinbar seien. Grundlegend stellt der Hohe Rat fest, „dass es sich mit den politischen Bestimmungen nicht ebenso verhält,“ wie mit den religiösen. Die politischen Bestimmungen seien jene, „die dazu bestimmt waren, in Palästina das Volk Israels zu regieren damals, als es seine Könige, seine Geistlichkeit und seine Magistraten hatte...“ Auf diese können die Juden - müssen sie sogar - in anderen Zeiten, in anderen Staaten verzichten. Sie sollen aber ihrem Glauben treu bleiben und die religiösen Regeln einhalten. Die jüdischen Würdenträger sind überzeugt: „Diese Verordnungen werden den Nationen kundtun, dass unsere Dogmen sich mit den weltlichen Gesetzen, unter denen wir leben, vereinbaren lassen, und uns keineswegs von der Gesellschaft der Menschen trennen.“

Nicht getrennt von der Gesellschaft der Menschen zu leben, ist auch der Traum der Familien des Surbtals, die während der ganzen Woche von ihren Ehemännern und Söhnen getrennt sind, weil diese als Hausierer und Viehhändler durch die Lande und von Markt zu

Markt ziehen. Die Juden wollen ihren Glauben und ihre Identität bewahren, sind aber gleichzeitig dazu bereit, der nationalen Gemeinschaft, die sich gerade bildet, anzugehören. Wie die Mitglieder des „Grand Sanhédrin“ unterscheiden sie „religiöse Bestimmungen“ von „politischen Bestimmungen“ und sind überzeugt, dass erstere sie nicht davon abhalten, sich der politischen Ordnung der ganzen Nation unterzuordnen. Auch diese Überzeugung findet sich im Gebet von Baden.

Die Segnung schliesslich, die die Juden von Baden für den Bundesrat erbitten, berührt mich nicht nur aus der historischen Distanz, sondern auch aus heutiger und persönlicher Sicht.

*„Er segne – behüte – bewahre – erhalte – erhebe – erhöhe und bestärke
Die Herrschaften der Regierung, die oberste Behörde dieses Landes
Und die sie unterstützende Verwaltung. (...)
Vermehre die Bevölkerung unter ihrer Regierung, und ihre Feinde mögen
Straucheln vor ihnen, und alles was sie verordnen, soll erfolgreich sein. (...)
So sei Dein Wille
Amen“*

Es gibt viele Gründe für die Betroffenheit und die Heiterkeit, die ich beim Lesen dieser Zeilen empfinde. Es berührt mich, dass die göttliche Segnung auch für die Verwaltung erfleht wird, die gerade in unserer Zeit so oft verschrien wird. Ich bin froh, dass der Bundesrat nicht mehr nur aus „Herrschaften“ besteht. Es beeindruckt mich, dass die Bevölkerung sich so eindrücklich „vermehrt“ hat (von knapp 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 1850 bis auf die 7 Millionen, die die Schweiz heute zählt.). Die Hoffnung, dass Feinde vor uns Bundesrätinnen und Bundesräten „straucheln“ sollen, kann ich nicht teilen. Und wenn es uns auch nur selten vergönnt ist zu „verordnen“, hoffe ich immerhin, dass wir „erfolgreich“ sind. Und vor allem hoffe ich, dass mir die jüdische Gemeinde von Baden die etwas freie und ungezwungene Auslegung ihres schönen Textes verzeiht.

Im Badener Gebet nehmen die Juden sich noch als „Aussenstehende“ wahr, die für das Wohl des Landes, in dem sie leben, beten und sich Toleranz von Bevölkerung und Behörden wünschen. Ganz anders, erfreulich anders, stellen sich die Badener Juden im Begleitbrief zum Geschenk von 1999 dar. 140 Jahre später gehören sie zu dieser Gesellschaft, teilen ihre Sorgen und die Verantwortung, mit der den aktuellen Entwicklungen zu begegnen ist. Jüdisch-Sein bedeutet nicht mehr eine monolithische Identität. Sie ist vielmehr eine der vielen „Rollen“, die ein Jude oder eine Jüdin leben. Schliesslich sind Angehörige der jüdischen Religion – wie alle andern Bürgerinnen und Bürger auch – Deutschschweizer, Tessinerinnen, Romands, engagieren sich in verschiedenen Vereinen, stehen politisch eher rechts oder links. Je nach Kontext, in dem sich ein Mensch gerade bewegt, wird die eine oder andere Identität stärker hervorgehoben. Gelebt werden die „Identitäten“ parallel.

Das innere Ghetto ist jedenfalls geöffnet. Und so können die Badener heute, als besorgte Bürger der Schweiz, schreiben: „In einer Zeit, in der die Daseinsberechtigung anderer Kulturen in den eigenen Grenzen und unbekannter Riten im Umfeld von Althergebrachtem wieder einmal in Frage gestellt wird, ist es wichtig festzustellen, dass die Beiträge für das Wohl und den Frieden in der Schweiz von verschiedenen Richtungen und Anschauungen kommen. Wichtig dabei ist, **dass** der Wille und die Bereitschaft zum friedlichen Nebeneinander bestehen und auch zum Ausdruck gebracht werden.“

In unserer multikulturellen modernen Gesellschaft möchten heute andere Menschen mit anderen Riten, die ihrem Gott andere Namen geben, in der Schweiz eine neue Heimat finden. In Einsiedeln empfangen die schwarze Jungfrau und die Mönche, die sie treu bewachen, tamilische Pilger, die im Gesicht Marias eine Erinnerung an das Land finden, aus dem der Krieg sie vertrieben hat. Der Islam ist zur dritten Religion unseres Landes geworden und die meisten Musliminnen und Muslime der Schweiz unterscheiden die „religiösen Bestimmungen“ von den „politischen Bestimmungen“ und übernehmen letztere wie wir. Als Gegenleistung dafür, dass der laizistische Staat gegen alle Formen der Diskriminierung und der Ächtung vorgeht, darf er die Beachtung seiner Regeln und Bestimmungen fordern. Er gewährt den verschiedenen Glaubengemeinschaften Religionsfreiheit und setzt sich für die Vielfalt ein. Im Dienst aller sorgt er aber auch dafür, dass die gemeinsamen Regeln des Zusammenlebens respektiert und eingehalten werden. Die Schweiz ist nicht eine Ansammlung von in sich geschlossenen Gemeinschaften, sondern eine offene Gesellschaft in der jeder und jede seine Beziehungen zu allen anderen frei wählen und entwickeln kann.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, diese Ausstellung im Historischen Museum von Baden zu ermöglichen. Wir können aus der Geschichte der Integration der Juden und Jüdinnen lernen, dass die Vielfalt der Kulturen, Riten und Lebensstile die Schweiz bereichern. Und es freut mich, dass die Jüdinnen und Juden sich dem biblischen Gebot verpflichtet fühlen: „Unterdrückt nicht die Fremden, die in eurem Land leben, sondern behandelt sie genau wie euresgleichen. Jeder von euch soll seinen fremden Mitbürger lieben wie sich selbst. Denkt daran, dass auch ihr in Ägypten Fremde gewesen seid.“ (3. Mose/Levitikus 19, 33-34)

Heute erinnern wir uns dank der Ausstellung, dass Jüdinnen und Juden auch in der Schweiz Fremde gewesen sind. Wir erfahren, wie die Ghettos in unserem Land durch das gegenseitige Bedürfnis, aufeinander zuzugehen, überwunden wurden. Lassen wir keine neue Ghettos entstehen. Niemand soll sich „getrennt von der Gesellschaft der Menschen“ fühlen.